

PROTOKOLL ZUR 14. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 26.01.2009
Beginn: 16:45 Uhr
Pause: 19:20 bis 19:45 Uhr
Ende: 21:30 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Ursula Rodarius & Jana Pfarr
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 13. Sitzung des Mediationsforums am 15.12.2008
4. Bericht aus den Arbeitskreisen:
 - 4.1 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 07.01.2009
Beschlussvorlage (Geophysikalische Untersuchungen)
5. Berichte und Bewertungen zum Abschluss der statischen Untersuchungen und Bauwerkserkundungen beim Pilotprojekt „Corneliusufer“
6. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 6.1 Aktualisierte Prioritätenliste mit Zeitschiene
 - 6.2 Stand „Projektgruppe Landwehrkanal“
 - 6.3 Stand und Fortgang der Arbeiten: Temporäre Spundwände zur Baumsicherung (WSA)
 - 6.4 Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus
 - 6.4.1 Aufgabenbeschreibung, Versand
 - 6.4.2 Möglichkeit für „Konkurrierendes Verfahren“
 - 6.5 Planungsstand am Maybachufer
 - 6.6 Stand Aktualisierung Denkmalgutachten
 - 6.6.1 Inhalte aus Denkmalsicht
 - 6.6.2 Digitalisierung von Planungsgrundlagen
 - 6.7 Stand Masterplan-Gedanke
 - 6.8 Maßnahmen der Wasserbetriebe
 - 6.9 Einschätzung zur Lage des Mediationsforums im Ministerium
7. Interessensammlung / Kriterienkatalog
ggf. Ergänzungen
8. Verschiedenes
9. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen des 14. Mediationsforums zur ersten Sitzung im Jahr 2009.

Frau Voskamp wies darauf hin, dass sich folgende Teilnehmer/innen für diese Sitzung entschuldigt haben: Herr Trehkopf, Frau Rotherberg-Alemu, Herr Leder, Frau Kielhorn, Frau Mangold-Zatti, Frau Fortwengel, Frau Guttzeit und Herr Hille, Herr Lücking. Herr Deitmar hatte angekündigt, erst ab etwa 17.00 Uhr teilnehmen zu können.

Herr Scholz und Herr Grondke kündigten an, nur bis etwa 19.00 Uhr bleiben zu können.

Zwei Gäste wurden vorgestellt:

- eine Praktikantin von Frau Tonn
- Frau Kirchhoffer, Baureferendarin bei SenGUV

Das Forum war mit der Teilnahme der Gäste einverstanden.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp verlas die Tagesordnung.

Herr Dohna ergänzte folgende Punkte, die unter „Was gibt es Neues / Berichtenswertes“ aufgenommen wurden:

- Stand „Projektgruppe Landwehrkanal“ im WSA und
- Einschätzung zur Lage des Mediationsverfahrens im Verkehrsministerium (BMVBS).

Herr Appel beantragte, den Punkt „Stand Masterplan-Gedanke“ vorzuziehen. Er wollte einen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gerichteten Appell vortragen und dem Forum vorschlagen, diesen Appell zu unterstützen. Mehrere Teilnehmer/innen lehnten ein Vorziehen dieses Tagesordnungspunktes ab, sodass es bei der zuerst vorgeschlagenen Reihenfolge blieb.

Anschließend wurde diese von den Teilnehmer/innen des Forums beschlossen.

3. Beschluss über das Protokoll der 13. Sitzung des Mediationsforums am 15.12.2008

Bevor die Korrekturen zum Protokoll verlesen wurden, äußerte Herr Dohna seine Kritik und seinen Ärger darüber, dass das Protokoll der 13. Sitzung erst sehr spät verteilt wurde. Die Mediatoren bedauerten die zugegebenermaßen späte Versendung und begründeten dies neben einer krankheitsbedingten Verzögerung insbesondere mit der Bearbeitung wichtiger inhaltlicher Themen zwischen den Sitzungen, der sie Priorität eingeräumt hätten. Herr Dohna bat eindringlich künftig um einen frühzeitigeren Versand, damit die Inhalte, die bei den Teilnehmer/innen dann noch besser erinnerbar seien, gut überprüft und nochmals nachvollzogen werden könnten.

Auf Grund der Heftigkeit der vorgetragenen Kritik erkundigte Herr Kessen sich, ob es hierfür tieferliegende Gründe gebe. Herr Dohna kritisierte, dass die Mediatoren eine seiner Emails nicht beantwortet hätten und nahm dies zum Anlass, den Umgang der Mediatoren mit den Forumsteilnehmer/innen insgesamt zu kritisieren. Frau Voskamp und Herr Kessen erläuterten, dass die Beantwortung der genannten Email, deren Inhalt sie den übrigen Teilnehmer/innen kurz vortrugen, für das Forum relevant sei und daher in der heutigen Sitzung beantwortet werden sollte. Fragen, die für alle interessant seien, sollten nicht nur bilateral ausgetauscht werden, so dass alle die Gelegenheit zum direkten Austausch hätten.

Die Mediatoren nahmen Bezug auf Fragen der Email und erläuterten, dass

- Tagesordnungsvorschläge der Verfahrensbeteiligten gern von den Mediatoren aufgenommen würden, diese sich aber als Leiter des Verfahrens vorbehalten müssten, über Ort und Zeitpunkt der Diskussion der gewünschten Themen sowie deren möglichst bewertungsfreie Betitelung in Form von „Vorschlägen einer Tagesordnung“ jeweils eine Vorentscheidung zu treffen. Diese würden jeweils vor den Sitzungen an alle verschickt werden und in der Sitzung selbst inhaltlich mit allen Beteiligten abgestimmt und beschlossen werden, so dass für jeden die Möglichkeit bestünde, sich dabei einzubringen.
- Beschlussvorlagen aus den Arbeitskreisen – wie hier aus dem AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ – nie separat und so möglicherweise aus dem Zusammenhang gerissen verschickt würden an die Forumsteilnehmer/innen. Vielmehr sei das Prozedere so, dass die Beschlussvorlagen zum besseren Verständnis in der Regel Bestandteil der Arbeitskreisprotokolle seien und gemeinsam als Ergebnisse der Arbeitskreise im Forum vorgestellt würden. Ein Vorab-Versand der Beschlussvorlagen sei in der Regel nicht sinnvoll.
- die Verabredung darüber, dass in dieser 14. Forumssitzung die Untersuchungsergebnisse zum Pilotprojekt Corneliusufer vorgestellt werden sollen, in der letzten, der 13. Forumssitzung getroffen worden sei.

Das Protokoll der 13. Mediationsforumssitzung wurde mit Korrekturen vom Forum beschlossen.

4. Bericht aus den Arbeitskreisen:

4.1 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ 5. Sitzung vom 07.01.2009 Beschlussvorlage (Geophysikalische Untersuchungen)

Die Mediatoren erinnerten daran, dass Anlass für die Sitzung des Arbeitskreises „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ die Diskussion über die Frage der Beauftragung von Leistungen für georadiologische bzw. geoelektrische Untersuchungen gewesen sei. Klarheit habe in der letzten Forumssitzung im Dezember 2008 darüber bestanden, dass eine Beauftragung der Firma Wiebe und von Herrn Prof. Weihs erfolgen sollte. Nicht geklärt werden konnte in dieser Forumssitzung die früher schon im Forum überlegte mögliche Einbindung der TU Berlin / Fachbereich Standortkunde und Bodenschutz, vertreten durch Herrn Prof. Wessolek. Infrage stand die Beurteilung, welcher Mehrwert an Erkenntnissen zu erwarten sei bei einer möglichen zusätzlichen Einbindung der TU Berlin / Fachbereich Standortkunde und Bodenschutz. Zur Klärung dieser Frage sei der Arbeitskreis am 7. Januar 2009 zusammengekommen. Zur Sitzung seien die Vertreter des betreffenden Fachbereichs TU Berlin eingeladen worden.

In der Arbeitskreissitzung sei die Thematik intensiv diskutiert worden, wenngleich Vertreter der TU Berlin nicht erschienen seien und sich bei den Mediatoren auch nicht gemeldet hätten. Dennoch habe der Arbeitskreis eine Beschlussvorlage für das Forum erarbeitet, die Frau Voskamp verlas.

Beschlussvorlage

der 3. Sitzung des Arbeitskreises „Kurzfristige Maßnahmen“ vom 29.05.2008 ergänzt um unten stehenden Zusatz aus

der 5. Sitzung des Arbeitskreises „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 07.01.2009:

- Beschlussvorlage der 3. Sitzung des Arbeitskreises „Kurzfristige Maßnahmen“ vom 29.05.2008:

„Eine Untersuchung kritischer Geländestücke des Landwehrkanals soll mittels bewährter Methoden von der Firma Wiebe und von Prof. Dr. Weihs erfolgen.

Dabei sollen folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Die durchzuführende Wurzelsondierung soll sich auch auf Hohlräume beziehen.
- Es soll erprobt werden, bis in welche Tiefe man mit den Untersuchungsmethoden tatsächlich reicht und Messergebnisse erhält.
- Zusätzlich soll untersucht werden, wie sich die Bäume auf die Ufergeometrie auswirken.
- Eine Verifizierung der Messergebnisse soll erfolgen.

Als zusätzliche Randbedingung ist die für die Verifizierung erforderliche vorherige Kampfmittelsondierung zu berücksichtigen.

Das WSA wird in Frage kommende Uferabschnitte am Landwehrkanal dahingehend prüfen, ob es Bereiche gibt, an denen die im AK erwähnten Schwierigkeiten hinsichtlich der Befahrbarkeit für die Kampfmittelsondierung gar nicht erst auftreten.

In Bereichen des beabsichtigten Spundwandeinbaus kann eine notwendige Verifizierung voraussichtlich ab Oktober 2008 durchgeführt werden.“

- **Zusatz** des Arbeitskreises „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 07.01.2009 zur Beschlussvorlage:

„Der Arbeitskreis schlägt vor, dass die TU / Fachgebiet Bodenkunde in die Liste der Auftragnehmer der alten Beschlussvorlage (3. Sitzung AK Kurzfristige Maßnahmen) aufgenommen wird, sofern sie zusichert, dass sie zu der in der bestehenden Beschlussvorlage genannten Aufgabenstellung einen qualitativen Mehrwert beitragen kann durch eine andere Untersuchungsmethode.“

Es sei verabredet worden, dass die Mediatoren sich bei Prof. Wessolek vor der 14. Forumssitzung um eine Stellungnahme bemühen. Es sei jedoch – trotz zwischenzeitlicher Erinnerung – keine schriftliche Stellungnahme bei den Mediatoren eingegangen und es sei auch trotz mehrfacher Bemühungen kein Gespräch zwischen dem Fachbereich der TU und den Mediatoren zustande gekommen.

Es wurde berichtet, dass es wohl ein Telefonat gegeben habe zwischen Herrn Biewald / WSA und Herrn Prof. Wessolek / TU Berlin, dessen Ergebnis allerdings niemandem der Anwesenden bekannt war.

Frau Voskamp fragte die Teilnehmer/innen wie sie mit diesen Erkenntnissen umgehen wollten.

Viele Forumsteilnehmer/innen erklärten, dass sie eine Einbeziehung der TU Berlin / Fachbereich Standortkunde und Bodenschutz aufgrund der bisher vorliegenden Erkenntnisse nicht befürworten würden.

Frau Kleimeier schlug vor, zu beschließen, dass Firma Wiebe und Herr Prof. Weihs beauftragt werden sollten. Der Zusatz zur Beschlussvorlage, der im Arbeitskreis am 7. Januar 2009 erarbeitet worden sei, solle in den Beschluss nicht aufgenommen werden. Im Rahmen der notwendigen Validierung der Untersuchungsergebnisse sei eine Zusammenarbeit zwischen Firma Wiebe, Prof. Weihs und der TU Berlin immer noch möglich.

Herr Appel äußerte, dass ihm eine klare Aussage der TU lieber gewesen wäre, er die Haltung des Forums allerdings nachvollziehen könne und akzeptieren würde.

Somit wurde vom Forum einvernehmlich beschlossen, mit den anstehenden Untersuchungen die Firma Wiebe und Herrn Prof. Weihs durch das WSA Berlin zu beauftragen.

Herr Kessen wies darauf hin, dass mit dieser Beschlussfassung eine zukünftige Einbindung der TU Berlin in weitere Untersuchungen nicht ausgeschlossen sei.

5. Berichte und Bewertungen zum Abschluss der statischen Untersuchungen und Bauwerkserkundungen beim Pilotprojekt „Corneliusufer“

Wie in der letzten Forumssitzung vereinbart, wurden die Ergebnisse der statischen Untersuchungen und der Bauwerkserkundungen „Instandsetzung Landwehrkanal“ (Pilotprojekt) durch Herrn Dr. Mittag / GuD vorgestellt. Der Kurzbericht vom 14.01.2009 von GuD wurde bereits vorab per Email über die Mediatoren verteilt. Die im Forum gezeigte Power-Point-Präsentation wird den Mediatoren zur Verteilung und zum Einstellen auf die Homepage des Verfahrens zur Verfügung gestellt.

Laut den Angaben von Herrn Dr. Mittag seien im Ergebnis der statischen Untersuchungen die Varianten I und II des Lösungsvorschlages von Frau Kleimeier zur temporären Sicherung im Zusammenhang mit den Bauwerksuntersuchungen nicht realisierbar. Die Annahme, die Schwergewichtswand wirke wie ein monolithischer Baukörper, könne nicht bestätigt werden. Die durchgeführten Bohrungen im Abschnitt 1 am Corneliusufer hätten gezeigt, wie marode der Bauwerkszustand sei.

Insbesondere seitens der Anwohner/innen wurde große Besorgnis geäußert über den Gesamtzustand des Kanals. Dieser ließ ihrer Meinung nach fast schon den Schluss zu, dass die Wand vor allem in den geschädigten Bereichen, die mit Bauzäunen gesichert sind, jederzeit einstürzen könne. Es bestünde dringender Handlungsbedarf.

Herr Dohna kritisierte die BAW (Bundesanstalt für Wasserbau), die diesbezüglich seiner Ansicht nach bisher noch nichts oder zu wenig unternommen habe. Nach Vorlage der ermittelten Erkenntnisse über den Zustand der Ufermauer, müsse man darüber nachdenken, den Kanals aus Sicherheitsgründen zu sperren.

Herr Dr. Mittag relativierte die potenziellen Gefahren, indem er darauf hinwies, dass bei vielen alten Bauwerken nach dem heutigen Stand der Technik und Statik diese Bauwerke eigentlich nicht stehen dürften, diese aber immer noch stünden: es sei nicht alles zu rechnen und es kann trotzdem sehr lange halten.

Herr Lingenauber stimmte dieser Aussage zu und verwies darauf, dass die Kanalwände nun schon viele Jahre gehalten hätten und dass es allerdings auch einige Veränderungen im Laufe der Zeit gegeben hätte; z.B. wären Straßen ursprünglich nicht so dicht an der Uferwand gewesen. Er betonte die unklare Befundlage und dass es sich nur um Stichproben handeln würde, einige wenige Abschnitte des Kanals betreffend. Er drängte darauf, dass weitere Untersuchungen durchgeführt werden sollten. Für ihn sei die

Befundlage auch noch nicht klar, und es dürfte aufgrund der bisherigen Befunde nicht vorschnell geurteilt werden, dass seinerzeit an diesen Abschnitten sorglos und unzulänglich gebaut worden.

Die Frage der Mediatoren an Frau Kleimeier, ob sie mit den Ergebnissen der statischen Untersuchungen leben könne und ob sie diese akzeptieren würde, die bedeuteten, dass die „Variante Kleimeier“ in den untersuchten Abschnitten für den Bauzustand der temporären Sicherung nicht eingesetzt werden könnte, bejahte Frau Kleimeier.

6. Was gibt es Neues / „Berichtenswertes“?

6.1 Aktualisierte Prioritätenliste mit Zeitschiene (WSA Berlin)

Herr Scholz betonte seine Verantwortung als baupolizeilicher Vertreter des WSA Berlin und bestätigte das weitere Vorgehen bei der Suche nach den bestmöglichen Lösungen für die Sanierung des Landwehrkanals.

Anhand einer Power-Point-Präsentation, die den Mediatoren für Homepage des Verfahrens und Weiterleitung an die Teilnehmer/innen zur Verfügung gestellt werde, stellte er ein „Drei-Säulen-Modell“ vor, welches die Vorgehensweise des WSA bei der Überprüfung des Zustandes der Wasserstraßen beschreibe und nach dem jetzt konsequent gearbeitet werden sollte (dabei lag der Fokus auf dem Landwehrkanal Berlin):

Erste Säule: Bauwerksinspektion (terminiertes Regelwerk)
mit Vermessung und Probeentnahmen

Zweite Säule: Materialuntersuchung, z.B. durch Kernbohrungen (innere Standsicherheit)

Dritte Säule: Statische Nachrechnungen (äußere Standsicherheit)

In der Wasserstraßenklasse 1 sei dieses Modell in der Intensität bisher nicht durchgeführt worden.

Nach Aussage der BAW (Bundesanstalt für Wasserbau) sei „ein plötzliches Versagen nicht auszuschließen“. Herr Scholz führte aus, dass das Stehen der Mauer rechnerisch nicht darstellbar sei („das Material ist schlau“). Die Ufermauern ließen sich mehrheitlich der Schadenklasse 4 zuordnen. Es liege in seiner Verantwortung wie mit diesen Aussagen umzugehen sei. Herr Scholz erläuterte die schwierige Lage, in der er sich befinden würde. Die Handlungen des WSA müssten immer schlüssig begründet sein. Er dürfe dabei weder Über-Reagieren (mit anschließender Politiker-Frage von außen: Warum haben Sie den Kanal gerade heute gesperrt?) noch zu spät handeln. Dies gelte es abzuwägen. So könne er heute nicht ausschließen, dass der Kanal temporär oder dauerhaft gesperrt werden müsste. Entsprechend der von Herrn Scholz präsentierten Prioritätenliste des WSA habe das Maybachufer oberste Priorität als anstehende Sanierungsmaßnahme. Zudem würde eine Blockbildung von sanierungsbedürftigen Uferabschnitten angestrebt.

Die Sperrzeit des Kanals würde sich auf einen Zeitraum zwischen 1. November und 1. April belaufen. Das Ende der Bauzeit würde bei ganzjähriger Bautätigkeit (ohne Sommerpause) derzeit auf Ende 2016 geschätzt, wenn vorgegebene Rahmenbedingungen eingehalten würden.

Frau Kleimeier forderte daraufhin

- temporäre Bauzäune schnell zu entfernen;
- schnellstmöglich das „Wie“ von notwendigen endgültigen Lösungen gemeinsam zu finden;
- gleichzeitig ein Pilotprojekt Corneliusufer weiterhin auszutüfteln und Sanierungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Aus ihrer Sicht brächten weitere temporäre Maßnahmen keinen Fortschritt.

Herr Hildebrandt äußerte sich positiv, dass angekommen sei, in welcher schwieriger Lage sich das WSA und die WSV befinden würde und er unterstützte die Forderungen von Frau Kleimeier und wies darauf hin, dass teilweise schon der richtige Weg eingeschlagen worden sei. Er plädierte dafür, jetzt weitere kritische Bereiche anzupacken.

Frau Kayser unterstützte aus denkmalpflegerischer Sicht die Forderung von Frau Kleimeier, einen Konsens über eine Weiterführung der Arbeiten am Pilotprojekt herzustellen.

Frau Riemer erweiterte die Forderung um ein paralleles Vorgehen, in welchem einerseits am Pilotprojekt weiter nach endgültigen Sanierungsmaßnahmen geforscht werden sollte und andererseits gleichzeitig Sicherungsmaßnahmen an gefährdeten Bereichen – siehe in dieser Sitzung vorgestellte konkretisierte Prioritätenliste des WSA - durchgeführt werden müssten.

Frau Kleimeier bekräftigte ihre Erwartung, dass je schneller eine Einigung über die Sanierung des Corneliusufers hergestellt würde, desto schneller sei eine Einigung über weitere Bereiche zu finden. Die Bereiche der Prioritätenliste sollten nicht nur temporär gesichert, sondern möglichst direkt saniert werden. Bisher gebe es noch nicht einmal Klarheit darüber, wie man nach der Verfüllung mit Sand zwischen Ufermauer und Spundwand die Sanierung durchführen könne. Hier müssten zügig konkrete Lösungsmöglichkeiten benannt werden.

Herr Lingenauber verwies auf die unterschiedlichen Zustände der Ufermauern an den verschiedenen Stellen, so dass wohl mehrere Varianten notwendig seien, die an die jeweiligen Notwendigkeiten angepasst werden müssten. Somit solle man gleichzeitig an unterschiedlichen Mauerbereichen weitere Sondierungen vornehmen. Es müsse alles im Einzelnen genau angesehen werden. Er bat in Betracht zu ziehen, dass vielleicht mehrere Pilotprojekte gleichzeitig begonnen werden könnten.

Herr Kessen fasste zusammen, dass trotz der unklaren Informationslage über die Zustände der Ufermauern und wenngleich noch nicht klar sei, ob es sinnvoll sei, dreigleisig vorzugehen, sich herauskristallisiere, dass auf jeden Fall zügig weiter gearbeitet werden müsse - ohne allerdings in panischen Aktionismus zu verfallen.

Herr Dohna erkundigte sich, ob der Bereich oberhalb des Wasserspiegels sich als nicht standsicher herausgestellt habe. Daraufhin erläuterte Herr Mittag, dass die größten Schwachstellen unterhalb des Wassers lägen und die Bereiche oberhalb mit einer kleinen Unsicherheit als standsicher gelten. Herr Lingenauber bestätigte dies aus seiner Erfahrung heraus und schlug vor zu prüfen, inwiefern eine Ertüchtigung der Schwergewichtskörper in situ erreichbar sei. Hiervon riet Herr Mittag ab, da Erschütterungen möglichst zu vermeiden seien, auf jeden Fall aber hierfür eine Spundwand eingebracht werden müsse.

Herr Hildebrandt erläuterte, dass der Betonkörper die eine Schwachstelle und die fehlende Ziegelflachsicht die zweite große Schwachstelle sei. Diese würden durch die Sandschüttung entschärft, ein plötzliches Versagen könne so ausgeschlossen werden. Ziel sei es aber auf jeden Fall, zu einer klaren Sanierungslösung zu kommen.

Herr Dohna äußerte seine Befürchtung, dass die aus seiner Sicht desaströsen Ergebnisse, die die Bauwerksuntersuchungen an diesen wenigen Stellen gebracht hätten, für noch weit mehr Bereiche am Kanal zutreffen würden. Gleichzeitig hinterfragte er, ob das Erreichen von temporären Zuständen überhaupt ein erstrebenswertes Ziel sein könnte. Er unterstrich noch einmal die Wichtigkeit einer dauerhaften Sanierung, um eine Dauerbaustelle oder eine Sperrung des Kanals auf jeden Fall zu verhindern.

Frau Kayser bekräftigte dies und äußerte gleichfalls ihre Sorge, dass nach Herstellung von temporären Sicherungen die gesicherten Bereiche wieder eine geringere Priorität erhielten und Provisorien auf unbestimmte Zeit stehen blieben.

Herr Heitmann verwies darauf, dass die neuen Untersuchungen zwar negative Ergebnisse mit sich gebracht hätten, dass diese andererseits aber keinen Erkenntnisgewinn gebracht hätten. Deswegen sollte nicht überstürzt gehandelt werden.

Das Forum einigte sich darauf, die Diskussion über das Vorgehen bei weiteren Sanierungsmaßnahmen im AK „Sanierung“ zu führen.

Herr Barsig schätzte die momentanen Sicherungsmaßnahmen als nicht baumsichernd, sondern nur kippsichernd ein. Die Bäume am Corneliusufer seien wegen der durchgeführten Baumschnittmaßnahmen nicht mehr gefährdet, so dass die Betonklötze in diesem Bereich entfernt werden könnten, wenn die Sicherungsmaßnahmen fertig gestellt würden. In anderen Bereichen, insbesondere in Friedrichshain-Kreuzberg, bestünde eine größere Gefahr, da die Bäume dort großkroniger seien. Bei der statischen Belastung der Ufermauern würden die Bäume keine große Rolle spielen. Diese Aussage relativierte Herr Mittag dergestalt, da die Bäume durch ihre Horizontallast natürlich Einwirkungen auf die Statik hätten.

Herr Kessen bat um eine interne Abstimmung zu diesem Thema zwischen den beiden Protagonisten, die dies zusagten.

Die vom WSA präsentierte Zeitschiene wird allen Forumsteilnehmer/innen über die Mediatoren zur Verfügung gestellt (Anhang zum Protokoll).

6.2 Stand „Projektgruppe Landwehrkanal“ (WSA)

Herr Hildebrandt informierte das Forum über die Einrichtung einer „Projektgruppe Landwehrkanal“ im WSA Berlin. Er erläuterte, dass Ende des letzten Jahres 2008 innerhalb der Verwaltung Umstrukturierungen vorgenommen worden seien. Aufgabe dieser Projektgruppe, die aus 4 Personen bestehe, sei es, die erzielten Forumsbeschlüsse in konkrete Maßnahmen operativ umzusetzen und durchzuführen. Es sei nicht unmittelbar vorgesehen, dass die Mitglieder dieser Projektgruppe in den Arbeitskreisen oder dem Forum auftreten würden. Die den Teilnehmer/innen bekannten Ansprechpartner/innen im WSA sollen weiterhin als solche zuständig bleiben. Diese Personalentscheidungen seien in der zweiten Dezemberhälfte gefällt worden und könnten daher erst jetzt bekannt gegeben werden.

Herr Dohna erkundigte sich daraufhin nach den Kompetenzen dieser Projektarbeiter und äußerte Irritation zu dem Begriff „Projektgruppe“, zu dem er um Aufklärung bat.

Herr Hildebrandt antwortete, dass das zur Verfügung gestellte Personal nicht direkt in den Sachbereich 2 eingegliedert werden konnte und deswegen als „Projektgruppe“ ausgewiesen worden sei. Derzeit bestehe diese aus vier Personen, die direkt dem Amtsleiter Herrn Scholz unterstellt seien.

Auf Nachfrage aus dem Forum nannte Herr Hildebrandt die Namen der Mitarbeiter: Frau Stief, Frau Hirsch, Herr Wutschke und Herr Köpke. Frau Riemer erläuterte, dass es sich bei den genannten Personen um zwei Ingenieure mit langjähriger Erfahrung und zwei Verwaltungsmitarbeiter handeln würde.

Einige Forumsmitglieder bedauerten, dass die neue Projektgruppe nicht persönlich im Forum

vorgestellt worden sei und äußerten, dass sie dies als eine schöne Geste seitens des WSA empfunden hätten.

6.3 Stand und Fortgang der Arbeiten: Temporäre Spundwände zur Baumsicherung (WSA)

Die Mediatoren erinnerten, dass der ursprünglich geplante Termin für den Arbeitskreis „Kurzfristige Maßnahmen“ am 19.01.2009 nicht zustande gekommen sei, da das WSA wegen Verzögerungen bei Auftragserteilung und –erledigung um mehr Zeit gebeten hatte. Für diesen Arbeitskreis wurde als neuer Termin der 11.02.2009 festgelegt. Herr Barsig habe zwischenzeitlich seine Einschätzung dazu abgegeben, dass er diese Verschiebung für unproblematisch halte.

Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass falls der AK am 11. Februar 2009 eine Beschlussvorlage erarbeiten würde und das Forum erst am 23. März 2009 wieder zusammenkäme, ein Beschluss aber kurzfristig benötigt würde, die Frage zu klären sei, wie das Forum damit umgehen wolle.

Einvernehmlich einigten sich die Teilnehmer/innen darauf, dass dann ein Umlaufbeschluss versucht werden sollte.

Zum Fortgang der Arbeiten berichtete Herr Dohna, dass am Corneliusufer angekündigt worden sei, die Spundbohlen seit diesem Tage nicht mehr pressen zu können, sondern rammen zu müssen. Er erkundigte sich, inwieweit dies Auswirkungen auf das Bauwerk haben könne und ob dies eine ausreichend bauwerksschonende Bauweise sei.

Außerdem erkundigte sich Herr Appel nach dem Zusammenhang zwischen Rammen und Stückelung der Spundbohlen: Er habe dies so verstanden, dass sich wegen der Verfestigung des Baugrundes eine Stückelung der Bohlen als schwierig herausgestellt habe und es beim Rammen keinen Unterschied machen würde, ob gestückelt würde oder nicht.

Frau Riemer erläuterte, dass das Einpressen im genannten Bereich nicht möglich sei. Als alternative Verfahrensweisen stünden nur Rammen oder Rütteln zur Auswahl. Das Rammen sei eindeutig verträglicher für die Bausubstanz. Zudem komme es beim Rammen nicht darauf an, ob die Bohlen gestückelt seien oder nicht. Es könnten komplette, halbierte, gedrittelte oder geviertelte Bohlen gerammt werden.

Herr Augsten ergänzte, dass einige Bohlen nicht bis zur Endtiefe eingepresst werden könnten und das Rammen dann eine gängige Methode sei, um die Spundwände einzubringen.

6.4 Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus (BI)

6.4.1 Aufgabenbeschreibung, Versand

Die Mediatoren informierten das Forum, dass die Datei mit den entsprechenden Änderungshinweisen der Teilnehmer/innen an die BI weitergeleitet worden sei. Sie fragten die Vertreter/innen der BI nach dem Stand der Dinge.

Herr Appel erläuterte, das Schreiben sei noch nicht versandt worden, würde aber in den nächsten Tagen verschickt werden. Die Schlussfassung würde dann über die Mediatoren an alle Teilnehmer/innen verteilt werden.

6.4.2 Möglichkeit für „Konkurrierendes Verfahren“

Bei der letzten Forumssitzung erhielt Frau Riemer die Aufgabe, sich zu erkundigen, ob in diesem Fall ein „konkurrierendes Verfahren“ möglich wäre. Die Ergebnisse wurden von Frau Riemer vorgestellt: Sie erläuterte, dass ein Auslobungsverfahren / Teilnehmerwettbewerb (vergleichbar zu einem städtebaulicher Wettbewerb) möglich wäre, dies aber im Amt noch nicht durchgeführt worden sei und deswegen keine Erfahrungen vorlägen. Zudem seien die Kriterien (Bekanntmachung, Ausschreibung, Versendung der Unterlagen, Preisgericht, etc.) eines solchen Verfahrens so umfangreich, dass Frau Riemer dies wegen des hohen Aufwandes nicht empfehlen würde.

Frau Kaysers Meinung nach ginge es bei der Frage nach einem „konkurrierenden Verfahren“ nicht um die Machbarkeit eines Wettbewerbsverfahrens, sondern um die Möglichkeit, drei Gutachter zugleich parallel und somit konkurrierend beauftragen zu können, um eine möglichst große Zahl an Ideen sammeln zu können. Der Vorteil läge darin, nicht nur eine, sondern dann drei Lösungen zu erhalten. Aus diesen Lösungen könne dann gewählt werden. Somit würde auch kein kompliziertes Auswahlverfahren wie bei einem Wettbewerbsverfahren benötigt. Herr Lingenauber unterstützte diesen Gedanken, um die vielschichtige Aufgabe meistern zu können. Bei der Auswahl von Büros solle deren Erfahrung ein wichtiges Kriterium darstellen.

Frau Riemer bedauerte, die Aufgabe dann falsch verstanden zu haben. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass für das / die Gutachten insgesamt nur 50.000€ zur Verfügung stünden und es ihr somit nicht möglich erscheine, Aufträge an drei Firmen erteilen zu können.

Sie erläuterte, dass ein klar geregeltes Auswahlverfahren mit Bewerbungsgespräch und Auswahl anhand klarer Kriterien vorgesehen sei. Mit dem Schreiben der BI, das in Kürze verschickt werden solle, werde nur ein Interessenbekundungsverfahren initiiert, es handele sich noch nicht um die Einholung von Angeboten.

Das Bewerbungsgespräch solle mit mindestens drei Büros durchgeführt werden.

Herr Rehfeld-Klein betonte, dass das Verfahren Freiraum für Kreativität und Innovation erhalten müsse. Dies sei schon im Bewerbungsverfahren wichtig zu verdeutlichen. Frau Riemer sah darin keinen Widerspruch, da bei der Wertung festgelegt werden könne, ob die Kosten oder die Kreativität an erster Stelle stünden.

Nach eingehender Diskussion kam das Forum darin überein, dass

- den Bewerbungsgesprächen folgende Forumsteilnehmer/innen beisitzen sollten:
 - o Anwohner: Herr Dohna,
 - o BI / Verein: Herr Heitmann, Herr Appel
 - o Denkmalschutz: Herr Lingenauber
 - o SenGUV: Herr Rehfeld-Klein
 - o Mediatoren: Beate Voskamp, Stefan Kessen
- und dass zu diesem Termin eine Einladung vom WSA an die betreffenden Personen versandt werde.

6.5 Planungsstand am Maybachufer (WSA)

Das WSA wurde gebeten, eine Kurzinformation zum Arbeitsstand der Projektgruppe Landwehrkanal bezüglich des Planungsfortschritts Maybachufer / Anlegestelle Riedel abzugeben. Da diese ihre Arbeit erst begonnen hätten, stünden noch keine weiteren

Informationen zur Verfügung.

Die Mediatoren sagten zu, das Thema in der Tagesordnung der nächsten Forumssitzung wieder zu berücksichtigen und sie erinnerten daran, dass Vertreter/innen von Denkmalschutz und SenGUV sich eine möglichst frühzeitige Beteiligung, möglichst schon in der Entwurfsplanung, wünschten.

6.6 Stand Aktualisierung Denkmalgutachten

6.6.1 Inhalte aus Denkmalsicht (LDA)

Herr Lingenauber erläuterte anhand eines Entwurfs der Gutachter Bappert und Prof. Geyer die geplante Gliederung des Gutachtens und die inhaltlichen Themen und Schwerpunkte. Seiner Meinung nach sei das Gutachten sehr ausführlich gegliedert. In einem solchen Rahmen könne dies in absehbarer Zeit wohl nicht finanziert werden. Aus dem Gesamtpaket gelte es nun mehrere kleine Teilpakete zu machen. Vertiefende Arbeiten sollten daher zunächst nur in wenigen Bereichen, die der Denkmalpflege und dem WSA besonders notwendig erschienen, durchgeführt werden. Dies beträfe vor allem den Komplex Bauwerk und vegetatives Ufer.

Der Entwurf wird den Teilnehmer/innen über die Mediatoren zur Verfügung gestellt.

6.6.2 Digitalisierung von Planungsgrundlagen (WSA)

Ein großer Wunsch von Herrn Lingenauber sei es gewesen, dass Plangrundlagen digitalisiert würden. Damit sei insbesondere die Erfassung der Flächen vom Wasser bis zum Bürgerstein vorgesehen: dort befinde sich auch der Hauptbaumbestand. Hier könne das Gutachten um eine Katalogisierung der Bäume ergänzt werden.

Diese geplante Digitalisierung der Planungsgrundlagen werde in engen Grenzen erfolgen und sei im Detail noch abstimmungsbedürftig. Die Finanzierung hierfür sei allerdings noch ungeklärt. Er erkundigte sich erneut, ob das WSA die Kosten übernehmen würde, da das Denkmalamt nur noch sehr kleine Pakete finanzieren könne.

Frau Riemer verwies darauf, dass die benötigten Gelder klar angegeben werden müssten. Bisher liege dem WSA seitens des LDA keine Kostenschätzung vor.

Die Teilnehmer/innen drängten darauf, dass bis zur nächsten Forumssitzung konkrete Pakete geschnürt werden sollten und dem WSA mitgeteilt werden solle, welcher finanzielle Bedarf für die Digitalisierung benötigt werde.

6.7 Stand Masterplan-Gedanke

Frau Kalepky berichtete, dass der Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Dr. Schulz, Briefe an die beteiligten Bezirke geschrieben habe.

- Charlottenburg-Wilmersdorf sei nicht angeschrieben worden, da der Bezirk bereits in einem im Vorfeld geführten Gesprächs klar gemacht habe, dass er keinen Bedarf sehe,
- Neukölln und Treptow-Köpenick haben eine Beteiligung abgelehnt,
- Mitte würde sich an einem Gespräch beteiligen und durch Herrn Leder vertreten werden.

Ein Termin der Bezirke, die sich diesbezüglich zurück gemeldet haben, sei mit Herrn Nagel /SenStadt für den 4. März 2009 geplant. Darin soll es um einen Eckpunkte-Austausch gehen

und um finanzielle Förderungsmöglichkeiten. Ziel sei es, noch in diesem Jahr einiges zu erreichen. Inhaltlich würde der Interessen-/ Kriterienkatalog des Mediationsverfahrens in die Diskussionen mitgenommen werden.

Herr Appel und Herr Heitmann stellten das Ergänzungsschreiben der BI vor, das als Appell des Mediationsforums an den Senat / das Ministerium vorgeschlagen würde. Sie drückten darin die Sorge vieler Beteiligten der BI darüber aus, dass sich das Mediationsverfahren scheinbar in Einzelheiten zu verlieren drohe und dabei die große Idee und den ganzheitlichen Blick vernachlässigen würde.

Als Beispiele für ein Entgegenwirken listete er auf:

- die Lösungssuche zu verstärken,
- notwendige Bestandserhebungen durchzuführen,
- sich über Finanzierungen klar zu werden und Zuständigkeiten nicht immer nur hin- und herzuschieben,
- nicht nur kleinteilige Reparaturen durchzuführen,
- die Zukunft des Landwehrkanals als innerstädtischen Lebensraum nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Er stellte klar, dass eine notwendige Sanierung des gesamten Kanals erfolgen müsse. Er forderte von den Verantwortlichen, den Landwehrkanal ganzheitlich zu betrachten und ihn nicht in die Bezirke zu teilen.

Herr Heitmann zitierte zur Bekräftigung einen Absatz des Textes und stellte damit klar, dass es um einen Appell an das Ministerium handle mit der Forderung, den Gesamtzusammenhang nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Loch erwiderte, er würde einem solchen Appell nicht zustimmen, da es im Forum keinen Beschluss dazu gebe, welcher besage, dass das Forum den Masterplan unterstütze. Er habe allerdings nichts dagegen, wenn die BI einen solchen Appell allein rausschicken würde.

Daraufhin machten die Mediatoren den Vorschlag, den Text an alle zu verteilen. So hätten alle Teilnehmer/innen die Möglichkeit, diesen zu lesen und vielleicht könne dieser auch in die Überlegungen der Masterplan-Gruppe um Frau Kalepky einfließen. Dieser Vorschlag wurde von Forum befürwortet.

6.8 Maßnahmen der Wasserbetriebe

Die Mediatoren erinnerten, dass im AK Naturhaushalt und Landschaftsbild am 7. Januar 2009 die sorgenvolle Frage aufgekommen war, ob laut einer kurz zuvor erschienen Pressemitteilung die Berliner Wasserbetriebe Investitionsmaßnahmen am Landwehrkanal zurückstellen würden. Daraufhin hätten die Mediatoren Herrn Joswig um eine kurze Stellungnahme gebeten, der er auch nachkam:

Herr Joswig informierte, dass mit dem Land Berlin, das 60% der Kosten für die Maßnahmen tragen müsse, noch Verhandlungen geführt würden. Information darüber, wann welche Maßnahmen angegangen werden könnten, seien erst nach der Sommerpause 2009 zu erwarten.

Bezugnehmend auf den Hinweis zum Zeitungsartikel führte Herr Joswig aus, dass das Gesamtprogramm 120 Mio. € betrage. Derzeit stünden 3 Mio. € für dieses Jahr zur Verfügung und es existiere der Wunsch, diese auf 7 Mio. € oder mehr aufzustocken. Dies sei abhängig von den Haushaltsberatungen im Abgeordnetenhaus.

Sobald es hierzu Neues zu berichten gebe, sagte Herr Joswig zu, dies zu tun.

6.9 Einschätzung zur Lage des Mediationsforums im Ministerium

Herr Hildebrandt berichtete von der vollen Unterstützung des Verkehrsministeriums, insbesondere durch Herrn Klingen und Herrn Törkel, mit denen er in ständigem Dialog stehe. Es sei ein starkes Interesse an dem Mediationsverfahren vorhanden. Das Verfahren würde als Vorreiter gesehen, um zu prüfen, ob dies so auch in anderen Bereichen eingesetzt werden könne. Bundesweit sei es für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bisher einmalig, die Mediation zur Klärung einer solch komplexen Problematik einzusetzen. Nach der Bitte um Konkretisierung erläuterte Herr Hildebrandt, dass das Ministerium alle Entscheidungen mittragen und Geld und Personal für den Landwehrkanal zur Verfügung stellen würde. Er bekräftigte, das Ministerium habe vollstes Vertrauen in Herrn Hildebrandt und in die Mediatoren, das Verfahren zu führen und einvernehmlich mit gemeinsamen guten Ergebnissen zu beenden.

Herr Lingenauber erkundigte sich, ob es Vorstellungen zur Zeitdauer des Verfahrens gebe. Herr Hildebrandt verwies darauf, dass auch er hätte lernen müssen, dass eine Mediation ein Prozess sei, der so viel Zeit benötige, wie er benötige. Es sei nicht möglich, einen Endtermin zu nennen und auch dies habe das Ministerium so akzeptiert.

7 Interessensammlung / Kriterienkatalog ggf. Ergänzungen

Die Mediatoren berichteten, dass es einige Ergänzungen und Kommentare gegeben hätte zu dem Interessen-/Kriterienkatalog, den sie im Dezember 2008 im Forum vorgestellt und verschickt hätten, die nun noch eingearbeitet würden. Außerdem würde ein Vorschlag zur Sortierung erarbeitet. Weitere Ergänzungen seien jederzeit möglich. Später solle dieser Kriterienkatalog als Referenzrahmen für die Kanalsanierung dienen.

8 Verschiedenes

Für den nächsten Mediationstermin steht der vertraute Raum 1024 im WSA nicht zur Verfügung. Die Mediatoren baten die Forumsteilnehmer/innen darum, Vorschläge einzureichen, wo die nächste Sitzung stattfinden könnte.

Anmerkung der Mediatoren: Das konnte mittlerweile geklärt werden: Die Sitzung im März wird in den Räumen der IHK stattfinden.

9 Verabschiedung

Um 21:30 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung wird am 23. März 2009 stattfinden.